

Liebe Genossinnen liebe Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,



das beherrschende Thema dieser Plenarwoche ist die aktuelle Flüchtlingssituation in unserem Land. Allein für das laufende Jahr werden in Niedersachsen 75.000 Flüchtlinge erwartet. Seit der Sondersitzung des Parlamentes in der vergangenen Woche hat das Land mehr als 3.200 zusätzliche Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen. In den kommenden drei Wochen sollen weitere

4.000 Plätze hinzukommen. Die Dynamik der Flüchtlingsströme ist ungebrochen und das Krisenmanagement der Landesregierung läuft auf Hochtouren.

Ich wünsche Ihnen und Euch eine schöne Woche.

Ihr und Euer

Aktuell: Flüchtlingssituation in Niedersachsen

Das Land Niedersachsen wird im Jahr 2015 nach neusten Prognosen 75.000 Flüchtlinge aufnehmen. Zum Vergleich: 2014 waren es 15.000 Flüchtlinge und 2013 waren es 12.000. Allein in den ersten Septembertagen hat Deutschland ca. 20.000 Menschen aufgenommen, rund 2.000 davon kamen nach Niedersachsen. Bis 2016 sollen die Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen im Land auf 16.000 ausgebaut werden. Aufgrund der aktuellen Lage wird die Landesregierung voraussichtlich zum zweiten Mal in diesem Jahr einen Nachtragshaushalt für 2015 beschließen müssen. Ministerpräsident Stephan Weil hat angekündigt, rund 300 Millionen Euro dafür bereitzustellen. Die Finanzierung dieser zusätzlichen Mittel soll über die allgemeinen

Rücklagen des Landes sowie aus Überschüssen bei den Steuereinnahmen erfolgen. Die allgemeinen Rücklagen des Landes sind für die Finanzierung unvorhersehbarer Notlagen gedacht und haben ein derzeitiges Volumen von 550 Millionen Euro. Bei allen vier Fraktionen im Landtag herrscht darüber hinaus Einigkeit, dass es zu einer Verteilung der Flüchtlinge in der EU kommen muss. Dabei bekräftigt besonders die CDU die Forderungen nach einer konsequenten Abschiebung. Künftig sollen abgelehnte Asylbewerber wieder schneller abgeschoben werden. Familien oder alleinerziehende Eltern bleiben von dieser neuen Regelung nach Angaben von Innenminister Boris Pistorius ausgenommen.

⇒ 180 Millionen Euro sollen bereits als entlastende Vorauszahlung für 2016 an die Kommunen gezahlt werden.

⇒ 50 Millionen Euro sind unter anderem für Sprachklassen und Integrationskurse geplant.

⇒ 70 Millionen Euro sollen für den Ausbau und die Sanierung landeseigener Gebäude als Erstaufnahmeeinrichtungen bereitgestellt



Auf der Tagesordnung:
u.a.
Haushaltsberatungen 2016

Wölfe in Niedersachsen

**Erbschaftssteuerreform:
Schutz für Familienunternehmen**

Bessere Erfassung islamfeindlicher Taten

Diätenerhöhung der Abgeordneten

Erhaltung der Barzahlung

Finanzpolitik: Haushaltsberatungen für das Jahr 2016

Auch die Haushaltsberatungen sind durch die aktuelle Flüchtlingssituation geprägt. Finanzminister Peter-Jürgen Schneider hat deutlich zur Sprache gebracht, dass Niedersachsen wohl wesentlich mehr Geld für Flüchtlinge in die Hand nehmen muss als geplant. Der Haushaltsentwurf für das kommende Jahr

sieht Ausgaben von 28 Milliarden Euro und neue Schulden in Höhe von 480 Millionen vor. Das sind etwa 120 Millionen Euro weniger als im vergangenen Jahr. Bis spätestens 2020 will Niedersachsen ohne neue Schulden auskommen. Die Landesregierung sieht darin einen soliden Konsolidierungskurs, der auch

finanzielle Spielräume für aktuelle Entwicklungen lasse. Dem entgegen kritisiert die Opposition den Entwurf als fantasielos. Nach Angaben von CDU und FDP sei bereits 2016 ein schuldenfreier Haushalt möglich. Wie dieser gestaltet werden soll will die FDP in einem entsprechendem Entwurf vorlegen.